

PARTY-SERVICE BUND DEUTSCHLAND e.V.
Banchen- und Berufsverband
Sandbeckstr. 16
27711 Osterholz-Scharmbeck

Steuern und Abgaben

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND fordert einen „reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Gastfreundschaft“ von einheitlichen sieben Prozent. Gerade in der jüngsten Zeit ist in unserer Branche eine große Verunsicherung angesichts unterschiedlicher Definitionen und Interpretationen der gesetzlichen Grundlagen aufgetreten. Diese große Verunsicherung hat sich zum Teil lärmend und investitionsfeindlich ausgewirkt.

Ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz ist aus arbeitsmarktpolitischen und sozialen Gründen logisch und sinnvoll aber insbesondere aus Gründen der Gleichbehandlung. Hierfür ein bezeichnendes Beispiel: Tierfutter wird seit eh und je mit sieben Prozent Mehrwertsteuer belegt, während Essen in Kindertagesstätten und Schulen mit 19 Prozent Mehrwertsteuer berechnet werden muss.

Werden Sie sich für einen reduzierten Mehrwertsteuersatz im Gastgewerbe in Höhe von sieben Prozent einsetzen?

Im Sinne der Vereinfachung der Steuergesetzgebung möchte die Piratenpartei die nicht mehr zeitgemäße und nicht zielführende gesetzliche Regelung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes abschaffen. Aus den steuerlichen Mehreinnahmen soll ein Sockeleinkommen generiert werden, das jedem in gleichem Maße zufließt und die Mehrausgaben durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Familien und Menschen mit geringen Einkommen nicht nur ausgleicht, sondern diese Menschen sogar besser stellt als heute.

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND hat bereits in seinen Wahlprüfsteinen für die Bundestagswahl 2009 gefordert, dass das Steuersystem in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich stärker den Grundsätzen „einfach, gerecht, niedrig“ folgen sollte. Grund: Je komplizierter ein Steuerrecht ist, desto ungerechter ist es auch – weil nämlich dann derjenige bevorzugt wird, der sich eine teure Steuerberatung finanziell leisten kann.

Zum Beispiel könnte der Bereich der Umsatzsteuer kräftig „aufgeräumt“ werden: Allein der Anwendungserlass zur Umsatzsteuer umfasst fast 700 Seiten <- mit detaillierten Regeln und Bestimmungen, die Unternehmen beachten müssen. Kein Wunder ist es da, dass Sonderprüfungen in den Betrieben in der Regel mit hohen Nachzahlungen enden.

Niedrigere Steuersätze für die Wirtschaft an Stelle von Steuererhöhungen oder der Einführung neuer Steuern sollten für die Politik selbstverständlich sein, weil Unternehmerinnen und Unternehmer nicht vorrangig als „Steuerobjekt“ wahrgenommen werden wollen, sondern als Investoren, „Arbeitsplatzschaffer“ und „Arbeitsplatzbewahrer“.

a) Werden Sie sich für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem mit niedrigeren Sätzen einsetzen? Wenn Ja, welche konkreten Schritte auf dem Weg hierhin werden von Ihnen unterstützt?

Die Piratenpartei fordert eine Reform der Einkommensteuer durch ein allgemein verständliches Steuersystem, das ohne Ausnahmen auskommt und für alle Einkommensarten gilt. Diese große Reform umfasst:

- ein Sockeleinkommen als Zwischenschritt zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen aus einem oder mehreren unabhängigen Finanzierungsbausteinen statt "Aufstocken". Das Sockeleinkommen ist kein zu versteuerndes Einkommen und wird nicht auf bestehende Sozialleistungen angerechnet. Zudem wird bereits durch die Einführung des Sockeleinkommens eine neue, schlanke Verwaltungsstruktur für das bedingungslose Grundeinkommen geschaffen.
- die Abschaffung des Ehegattensplitting. Steuerliche Vergünstigungen für Einzelpersonen oder Lebensgemeinschaften sind an die Versorgung von Kindern und schwachen Menschen zu binden.
- dem Abzug, statt Absatz von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen von der Steuer
- einem einheitlichen Verfahren statt Sonderregelungen – Abschaffung diverser Ausnahmeregelungen

Erst durch die Kombination der vier Reformbestandteile gelingt die Gestaltung eines ausgeglicheneren Steuersystems bei gleichzeitiger Einführung eines Sockeleinkommens.

b) Werden Sie dabei die Belange des Mittelstandes und der mittelständischen Wirtschaft besonders berücksichtigen?

Durch Abschaffung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes und die Angleichung an den Regelsatz kann unnötige Steuerbürokratie abgebaut werden. Gleichzeitig wird es für Unternehmen einfacher, eine gesetzeskonforme Handhabung sicherzustellen. Dies entlastet die Unternehmen in rechtlichen Fragestellungen.

Die hohen Lohnzusatzkosten machen der Catering- und PartyServiceBranche stark zu schaffen. vor dem Hintergrund, dass wir unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze nicht in Niedriglohnländer verlagern können und wollen, sind sinkende Sozialversicherungsbeiträge auch ein Gebot der Fairness. Damit sie gesenkt werden können, sind Reformen in den sozialen Sicherungssystemen unverzichtbar.

Unter anderem dürfen versicherungsfremde Leistungen wie zum Beispiel die Finanzierung des Erwerbs von Hauptschulabschlüssen nicht länger von den Sozialversicherungen bezahlt werden. Ebenso müssen Kranken- und Pflegekosten von den Arbeitskosten abgekoppelt werden, damit steigende Beiträge bei steigenden Löhnen nicht den Effekt einer Strafsteuer auf Arbeit haben.

a) Wie wollen Sie zur Senkung der Lohnzusatzkosten beitragen?

Indem bis zur Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens alle Einkommensarten unter Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze zur Finanzierung der Sozialversicherungen - zumindest in einem ersten Schritt im Bereich der Renten- und Krankenversicherung - herangezogen werden. Dadurch steht in der Masse mehr Geld zur Verfügung, sodass der Betrag des Einzelnen geringer ausfällt, was sich auch auf die Lohnzusatzkosten auswirkt. Langfristig entfallen mit der Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens sämtlich Lohnnebenkosten.

b) Von welchen versicherungsfremden Leistungen wollen Sie die Sozialversicherungen entlasten?

Da die Sozialversicherungen in der bestehenden Form aufgelöst werden. Im Zuge der Einführung BGE stellt sich diese Frage auf lange Sicht eher nicht. Ansonsten sollen die Sozialversicherungen die Posten auflisten, die ihrer Meinung versicherungsfremd sind und dann wird man sich damit im Einzelfall befassen müssen.

c) Wie stehen Sie einer möglichen Abkoppelung der Kranken- und Pflegekosten von den Arbeitskosten gegenüber?

Die Piratenpartei steht für ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Die Krankenkassen sollen im Zuge der Umsetzung auf ein steuerfinanziertes Gesundheitswesen umgestellt werden, damit alle Einkommen unabhängig von Einkommensart und Beitragsbemessungsgrenzen herangezogen werden. Dabei muss eine ausreichende Finanzierung des Gesundheitswesens sichergestellt werden. Es darf keine "Behandlung nach Kassennlage" erfolgen.

Bürokratie-Lasten

Die Betriebe der Catering- und Partyservice-Branche leiden - so wie die gesamt mittelständisch geprägte Wirtschaft - unter den beträchtlichen Bürokratie-Lasten in der Bundesrepublik Deutschland. Rund 9,200 Dokumentations- und Nachweispflichten belasten die deutsche Wirtschaft jährlich mit 48 Milliarden Euro. Das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ des Bundes aus dem Jahr 2006 ist nach Meinung des PARTY SERVICE BUNDES DEUTSCHLAND begrüßenswert und hat zu einer erträglicheren Situation geführt. Allerdings gehen die ergriffenen Maßnahmen längst nicht weit genug.

a) Welche konkreten Maßnahmen zur Entbürokratisierung der mittelständischen Wirtschaft werden von Ihnen unterstützt?

Mit der Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer muss niemand mehr auf die Vielzahl der Ausnahmeverordnungen Rücksicht nehmen. Im übrigen setzen wir uns für die kritische Überprüfung aller Regeln und Normen hinsichtlich ihrer Praktikabilität und Notwendigkeit ein.

b) Wie wollen Sie sicherstellen, dass das nationale Bürokratieabbau-Programm in Deutschland sinnvoll durch Maßnahmen der Europäischen Union ergänzt wird?

Indem wir nach der im kommenden Jahr anstehenden Wahl des Europäischen Parlaments eine entsprechende Initiative durch unsere dortige Fraktion starten.

Arbeitsrecht

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND stellt mit Sorge fest, dass flexible Beschäftigungsformen - vor allem befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeit-Jobs, Mini-Jobs und Zeitarbeitsverträge mit steigender Tendenz als „Bedrohung für Normalarbeitsverhältnisse“ dargestellt werden. Tatsächlich ergänzen sie jedoch die Normalarbeitsverhältnisse. Dank flexibler Beschäftigungsformen kann das Arbeitsvolumen leichter an individuelle Bedürfnisse sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber angepasst werden.

Catering- und Partyservice-Branche sind durch eine außerordentlich hohe Personalintensität gekennzeichnet. Explizit für die Unternehmen des Gastgewerbes und der Catering» und Partyservice-Branche bieten flexible Beschäftigungsformen die Chance, die Herausforderungen in Krisenzeiten besser zu meistern.

a) Stimmen Sie unserer Einschätzung zu, wonach das Kündigungsschutzgesetz erst für Unternehmen mit mehr als 20 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gelten sollte?

Nein

b) Stimmen Sie unserer Einschätzung zu, dass das Kündigungsschutzgesetz erst nach einer Wartezeit von 36 Monaten angewendet werden sollte, damit erst kurze Zeitbeschäftigte und langjährig beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht auf eine Stufe gestellt sind?

Nein, dazu besteht bereits jetzt die Möglichkeit befristete Stellen anzubieten. Allerdings ist unser Ziel, dass Zeit- und Festangestellte prinzipiell zumindest gleichzustellen sind. Aber eigentlich sind prekär Beschäftigte sogar besserzustellen, um die Praxis der Umwandlung von festen in prekäre Arbeitsverhältnisse zu revidieren.

c) Stimmen Sie unserer Einschätzung zu, dass das Ersteinstellungsgebot bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen abgeschafft werden sollte? Sind Sie mit uns der Meinung, dass die Höchstdauer einer sachgrundlosen Befristung auf fünf Jahre ausgeweitet werden sollte?

Sachgrundlose Befristung lehnen wir ab.

Teilen Sie unsere Position, dass die Möglichkeit bestehen sollte, das Nichteinhalten der Schriftform bei befristeten Arbeitsverhältnissen nachträglich zu korrigieren?

Wir hoffen, Sie nicht dermaßen misszuverstehen, dass es sich dabei um die nachträgliche Legalisierung von Schwarzarbeit handeln soll. Eine derartige Vorgehensweise lehnen wir nämlich selbstverständlich ab.

d) Stimmen Sie unserer Einschätzung zu, dass der § 3 des Arbeitszeitgesetzes unverzüglich geändert werden sollte, damit tarifvertragliche Abweichungen oder betriebliche Regelungen beziehungsweise individuelle Ausgleichslösungen mit bis zu zwölf Stunden täglicher Arbeitszeit möglich werden?

Nein, dass Arbeitszeitgesetz hat seine guten Gründe.

e) Stimmen Sie unserer Einschätzung zu, dass Schwellenwerte und Wartezeiten in den zahlreichen Arbeitsgesetzen vereinheitlicht werden müssen, damit das Arbeitsrecht durchschaubarer wird und es zu weniger Arbeitsgerichtsprozessen kommt?

Solange dabei der für den Arbeitnehmer vorteilhafteste Wert das Ergebnis ist, können wir dieses Ansinnen unterstützen. Die Vielzahl von durch Arbeitnehmer in diesem Zusammenhang gewonnenen Prozessen entlastet bei Vereinheitlichung in unserem Sinne die notwendige Rechtskompetenz auf Arbeitgeberseite.

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND lehnt die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes im Gastgewerbe und in der Catering- und Partyservice-Branche ab. Denn die Tarifautonomie ist in Deutschland ein hohes Gutlind die Lohnfindung keine Aufgabe der Politik, sondern der Tarifvertragsparteien.

Unsere Betriebe würden durch einen gesetzlichen Mindestlohn ökonomisch betastet werden. Aber zu bedenken ist auch, dass der gesamte Bereich, der Dienstleistungen rund um die Gastfreundschaft zahlreichen Hilfskräften eine Beschäftigung gibt. Durch einen gesetzlichen Mindestlohn im Gastgewerbe sowie im Catering- und Partyservice-Bereich würden viele dieser Menschen dauerhaft aus der legalen Arbeit verdrängt werden.

a) Werden Sie sich gegen einen gesetzlichen Mindestlohn in unserer Branche einsetzen?

Nein. Wir setzen uns für einen bundesweiten Mindestlohn ein.

b) Stimmen Sie unserer Einschätzung zu, dass Lohnfindung eine Aufgabe der Tarifvertragsparteien und nicht der Politik ist?

Oberhalb der Mindestlohngrenzen ist eine Einigung alleinige Aufgabe der Tarifvertragsparteien.

Schulverpflegung und Ernährungsbildung

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCH LAND fordert wesentlich bessere Rahmenbedingungen der Verpflegung an den Kindertagesstätten und Schulen in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehört vor allem, dass die professionellen Caterer und Partyservice-Unternehmen angemessen (l) für ihre Dienstleistungen bezahlt werden.

Denn nur so ist eine gute und gesunde Ernährung der Schülerinnen und Schüler innerhalb des Schulbetriebes sowie der Kinder in den Kindertagesstätten gewährleistet. An dieser Stelle sollte seitens des Staates auf keinen Fall gespart werden.

Nach unserer Einschätzung gehört die Verpflegung an den Kindertagesstätten und Schulen aufgrund ihrer großen Bedeutung für die Volksgesundheit in erster Linie in die Hände von Profis. Wenn Kindertagesstätten, Schulen und Eltern sie überwiegend ehrenamtlich organisieren sollen, sind sie damit oft überfordert. Außerdem fehlt es bei derartigen Konstellationen häufig an der konsequenten und kontinuierlichen Bearbeitung dieses Themas.

a) Werden Sie sich für die Förderung der Professionalität auf allen Stufen der Schulverpflegung sowie im Bereich der Kindertagesstätten einsetzen?

Da gibt es bereits Ansätze die Verpflegung analog zur Bundeswehrverpflegung zu organisieren. Inklusive der damit verbundenen Qualitätsanforderungen und vor allem Prüfungen im laufenden Betrieb.

b) Werden Sie sich für eine angemessene Bezahlung der professionellen Caterer und Partyservice-Unternehmen stark machen

Sofern ein Cateringanbieter den vorgegebenen Standards gerecht werden kann und er die entsprechenden Prüfungen positiv besteht, ist er selbstverständlich angemessen zu bezahlen.

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND ist ein Verfechter von qualitativ hochwertiger Verpflegung der Kinder und Jugendlichen an Kindertagesstätten und an den Schulen. Seine Mitgliedsbetriebe und andere Caterer und Partyservice-Unternehmen wollen ihren Beitrag dazu leisten, dass die Kinder und Jugendlichen gut und gesund ernährt werden.

In diesem Zusammenhang spielen die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) eine große Rolle. Diese werden vom PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND grundsätzlich begrüßt und unterstützt. Allerdings müssen die Unternehmen unserer Branche durch eine angemessene Bezahlung auch in die Lage versetzt werden, qualitativ hochwertige Dienstleistungen zu erbringen.

Zugleich müssen sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die Erwachsenen für eine qualitativ hochwertige Ernährungsweise sensibilisiert werden. Deshalb fordert der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND die feste Verankerung des Ernährungs-Unterrichts an den Schulen.

a) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung in allen Kindertagesstätten und Schulen zur gesetzlichen Grundlage und in den Schulgesetzen der Länder implementiert werden?

Wir befürworten hier eine bundeseinheitliche Regelung, die sich an den höchsten zur Zeit geltenden Standards orientiert.

b) Werden Sie sich für die Verankerung des Ernährungsunterrichts an den Schulen einsetzen und dafür, dass Ernährungsbildung ein Bestandteil der Schulentwicklung wird?

Das ist bereits beschlossener Bestandteil in einzelnen Länderprogrammen.

Verbraucherschutz

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND steht der Gentechnik im Bereich der Lebensmittelproduktion skeptisch gegenüber. Denn gentechnische Verunreinigungen könnten die Nahrungskette negativ beeinflussen und wären nicht rückgängig zu machen.

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND begrüßt deshalb die Einführung des Siegels „Ohne Gentechnik“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Allerdings: Nach den Vorgaben des europäischen Lebensmittel-Kennzeichnungsrechts ist eine verbindliche Kennzeichnung für tierische Produkte wie Milch, Eier oder Fleisch gegenwärtig nicht möglich, auch wenn sie von Tieren stammen, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden. Eine solche Regelung kann nur auf europäischer Ebene getroffen werden. Aber von Seiten des Bundes könnte der politische Druck in dieser Richtung noch stärker ausfallen, so die Einschätzung des PARTY SERVICE BUNDES DEUTSCHLAND.

a) Werden Sie sich für eine umfassende Kennzeichnungspflicht gentechnisch beeinflusster Lebensmittel auf europäischer Ebene einsetzen, die auch Milch, Eier und das Fleisch von Tieren einschließen müsste?

Selbstverständlich werden wir das.

b) Werden Sie sich für die umgehende Festlegung von Kontrollmechanismen einsetzen, die mögliche Beeinträchtigungen der Nahrungskette durch gentechnische Verunreinigungen ausschließen sollen?

Ja

Die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Bundesrepublik Deutschland werden durch eine ununterbrochene Kette von Lebensmittel-Skandalen in erheblichem Maße beunruhigt.

Aus Sicht des PARTY SERVICE BUNDES DEUTSCHLAND waren die Brechdurchfall- Fälle, an denen im vergangenen Jahr mehr als 11.000 Kinder und Jugendliche in ostdeutschen Kindertagesstätten und Schulen nach dem Verzehr von Tefkühl-Erdbeeren aus China erkrankt waren, ein besonders markantes Beispiel.

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND hält bewusste Manipulationen an und Fälschungen von Lebensmitteln, falsche Kennzeichnungen und hygienische Missstände bei der Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln für keine Kavaliersdelikte. Hier wird die Gesundheit von Menschen dem Gewinnstreben untergeordnet, und dafür fehlt uns absolut jedes Verständnis.

Der PARTY SERVICE BUND DEUTSCHLAND fordert deshalb häufigere, strengere und wirksamere Kontrollen. Diese sind jedoch nur dann denkbar, wenn die Zahl der Lebensmittelkontrolleure um mindestens 1.600 erhöht wird. Außerdem sind wir für härtere Strafen bei vorsätzlichen Verstößen gegen die verbraucherschutzrechtlichen Bestimmungen.

a) Stimmen Sie unserer Bewertung zu, dass die Zahl der Lebensmittelkontrolleure dringend erhöht werden muss? Wenn Ja, wie viele zusätzliche Lebensmittelkontrolleure halten Sie für realistisch?

Ja. Die realistische Zahl hängt von der verfügbaren Zahl an Kontrolleuren ab. in den vergangenen Jahren abgebaute oder nicht mehr besetzte Stellen sehen wir als Minimum an, um welches die Zahl der Kontrolleure aufgestockt werden muss.

b) Stimmen Sie unserer Bewertung zu, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Prävention, Bewältigung und Aufklärung von Lebensmittel-Skandalen verbessert werden muss? Wenn ja, welche konkreten Verbesserungen zum Beispiel in den Abläufen der Kooperation halten Sie für erforderlich?

Dies befürworten wir, haben aber noch keine konkreten Konzepte.

Was halten Sie von dem Vorschlag zur Gründung eines Bundesamtes für Lebensmittelkontrolle?

Grundsätzlich ist das zu begrüßen.

c) Stimmen Sie unserer Bewertung zu, dass die Strafen bei vorsätzlichen Verstößen gegen die verbraucherschutzrechtlichen Bestimmungen verschärft wenden sollten? Wenn Ja, welches Strafmaß befürworten Sie?

Analog zum Katalog für den Transport gefährlicher Güter auf den Straßen befürworten wir die Verlagerung des Schwerpunktes der Bestrafung vom Einzeltäter hin zu den Betriebsverantwortlichen mit entsprechenden empfindlichen Bußgeldern. Des weiteren Aufnahme als Körperverletzungsdelikt als haftstrafenbewährte Tat.

Unterstützen Sie die Forderung nach Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Fachgerichten?

Ja

Unterstützen Sie die Forderung nach dem Abschöpfen unlauterer Unternehmens-Gewinne im Falle von Verfehlungen?

Ja

d) Stimmen Sie unserer Bewertung zu, dass die Herkunftsbezeichnungen für Lebensmittel strenger gehandhabt werden sollten? Wenn Ja, für welche Veränderungen sprechen Sie sich konkret aus?

Ja. Im Zuge der Nachvollziehbarkeit für den Konsumenten und der transparenten Erkennbarkeit der Herkunft von Lebensmitteln soll zwingend ein einfach verständlicher Unterschied zwischen Herkunfts- und Rezepturbezeichnung gemacht werden. Ebenso sollten Verschleierungen über Transportwege und Bearbeitungsbetriebe nicht mehr kryptisch verschlüsselt sondern offen den Lebensmitteln zugeordnet werden.

Die Voraussetzungen zum Erhalt beispielsweise des "GGA"-Gütesiegels sollen verschärft werden. (Erzeugung, Verarbeitung, Herstellung jeweils zwingend regional und nicht nur eines davon)